

Sitzungsvorlage
Antrag

Nr.: 2015/210

Antrag der SOLI-Kreistagsfraktion vom 01.11.2015: Resolution gegen eine weitere Zulassung des Herbizids Glyphosat.

Ausschuss für Verbraucher-, Umwelt- und Naturschutz, Land- und Forstwirtschaft	16.11.2015	TOP
Kreisausschuss	23.11.2015	TOP
Kreistag	14.12.2015	TOP

Eingang per E-Mail am 01.11.2015:

SOLI-Kreistagsfraktion

Wir beantragen folgenden Punkt auf die Tagesordnung des Umweltausschusses am 16.11.2015 sowie des darauffolgenden KA und Kreistages zu setzen:

Resolution gegen eine weitere Zulassung des Herbizids Glyphosat.**Beschlussempfehlung:**

Der Umweltausschuss empfiehlt dem Kreistag folgende Resolution gegen eine weitere Zulassung des Herbizids Glyphosat zu beschließen:

Der Kreistag Lüchow-Dannenberg unterstützt die Forderung von unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen, z.B. aus Wissenschaft, von Umweltverbänden, Verbänden des ökologischen Landbaus und der Ärzteschaft, an die EU, keine weitere Zulassung für den Einsatz von Glyphosat zu erteilen.

Der Kreistag appelliert an die Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, dass das Bundesamt für Risikobewertung sowie die Europäische Lebensmittelaufsicht (Efsa) als maßgebliche Institutionen für eine mögliche weitere Zulassung von Glyphosat, die Ergebnisse der Studien der Krebsforschungsagentur IARC berücksichtigen und sich aufgrund des in der Pestizidgesetzgebung verankerten **Vorsorgeprinzips** gegen eine weitere Zulassung von Glyphosat aussprechen.

Es ist nach Auffassung des Kreistages nicht zu verantworten, dass das Herbizid Glyphosat erneut zugelassen und damit das Risiko in Kauf genommen wird, dass Menschen durch Glyphosat möglicherweise an Krebs erkranken.

Begründung:

Auch wenn der Kreistag keinen unmittelbaren Einfluss auf eine Zulassungsentscheidung hat, ist es nach unserer Auffassung angesichts einer möglichen Gefährdung der menschlichen Gesundheit durch Glyphosat jedoch notwendig, dass der Kreistag als das von der Bevölkerung gewählte Gremium Stellung bezieht. Denn die Bevölkerung ist selber durch den Einsatz mit Glyphosat betroffen.

Seit ca. 15 Jahren wird über die Auswirkungen des Einsatzes des Totalherbizids Glyphosat auf die Gesundheit des Menschen, auf die Artenvielfalt, auf Boden und Grundwasser diskutiert

und immer wieder auf die Negativfolgen hingewiesen

Die Zulassung für den Einsatz von Glyphosat wäre Ende dieses Jahres abgelaufen. Das EU-Gremium, das für eine weitere Zulassung von Glyphosat entscheidet, hat jedoch die Zulassung für 6 Monate verlängert. In diesem Zeitraum wird entschieden, ob Glyphosat für weitere 10 Jahre eingesetzt werden darf oder ob ein Verbot ausgesprochen wird.

Die internationale Krebsforschungsagentur IARC der Weltgesundheitsorganisation WHO kommt zu dem Ergebnis, dass Glyphosat „**wahrscheinlich krebserregend**“ für den Menschen ist.

Das Bundesamt für Risikobewertung BfR bestreitet das und beruft sich dabei auf Studien, die überwiegend im Auftrag der Chemieindustrie erstellt worden sind. (vgl. „Süddeutsche Zeitung“ 20.8.15, sowie 21.9.15, „DIE ZEIT“ 23.7.15).

Die unabhängige Krebsforschungsagentur IARC forscht seit über 50 Jahren. Das Gremium ist besetzt mit etwa 300 hochrangigen Wissenschaftlern aus ca. 50 Ländern.

Die Bezeichnung der IARC „wahrscheinlich krebserregend“ ist in einer fünfstufigen Bewertungsskala, die etwas aussagt, in welchem Maße ein Stoff krebserregend ist, die zweithöchste Stufe.

Wissenschaftler, Umweltverbände, Vertreter des ökologischen Landbaus, Ärzte fordern, dass aufgrund des Vorsorgeprinzips eine weitere Zulassung untersagt wird.

Das **Vorsorgeprinzip** ist wesentlicher Bestandteil der Umwelt- und Gesundheitspolitik, Es dient der Gefahrenvorsorge. 1971 wurde es im ersten Umweltprogramm der Bundesregierung als zentrales umweltpolitisches Handlungsprinzip festgelegt und ist u.a. in der im Jahre 1992 verfassten „Rio-Deklaration zu Umwelt und Entwicklung“ enthalten (Agenda 21).

Argentinische Wissenschaftler weisen seit Jahren auf einen Zusammenhang zwischen erhöhten Krebserkrankungen sowie Missbildungen Neugeborener und dem Einsatz von Glyphosat hin. In Dänemark wird von Wissenschaftlern ein Zusammenhang zwischen Missbildungen neugeborener Ferkel und Glyphosatrückständen im Tierkörper gesehen. Untersuchungen der Universität Leipzig haben Rückstände von Glyphosat im menschlichen Blut, im Urin und in der Muttermilch nachgewiesen und warnen vor negativen Auswirkungen auf die Gesundheit. Neben Zeitungen haben Fernsehberichte, z.B. Report München (21.7.2015) oder Frontal 21 (21.9.2015) über die Gefahren durch Glyphosat ausführlich berichtet.

Hermann Klepper, SOLI
Mitglied Umweltausschuss

Stellungnahme der Verwaltung:

entfällt

Anlagen:

./.

Finanzielle Auswirkungen:

./.